Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 19

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bildung

UdSSR

Potential der Macht

Rund 50 Millionen der 220 Millionen sowjetischer Einwohner besuchen entweder Schulen oder Fortbildungkurse.

Sowohl die absolute Zahl als auch das Verhältnis (ein Viertel der Gesamtbevölkerung) sind imposant genug. Das Schulwesen ist das Gebiet, auf dem die kommunistischen Staaten im allgemeinen und die UdSSR im besonderen Ergebnisse von eindrücklichstem Ausmass erzielen konnten. Im Unionsgebiet gibt es heute 360 000 Wissenschaftler und nahezu vier Millionen Akademiker. Jährlich absolvieren 320 000 Studenten die Hochschulen und 430 000 junge Spezialisten die Fachmittelschulen. Jedes Jahr erwerben über 100 000 Personen das Ingenieurdiplom. An sowjetischen Schulen unterrichten rund zwei Millionen Lehrer.

Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass Begriffe wie «Hochschulabsolvent», «Mittelschüler» oder «Ingenieur» in der Sowjetunion nicht dem Standard dessen entsprechen, was man im Westen unter diesen Begriffen verstehe. Der Einwand gilt im grossen und ganzen zu Recht, wenn das auch keinen Anlass dazu geben sollte, die ungeheure Entwicklung des kommunistischen Schulwesens mit einem Achselzucken abzutun. Daneben ist aber das sowjetische Schulsystem auch ganz einfach anders aufgebaut, was direkte Vergleiche erschwert.

Dem gegenwärtigen Bildungsprogramm in der UdSSR liegt die Schulreform von 1958 zugrunde, die eine neue Entwicklungsphase auf diesem Sektor einleitete.

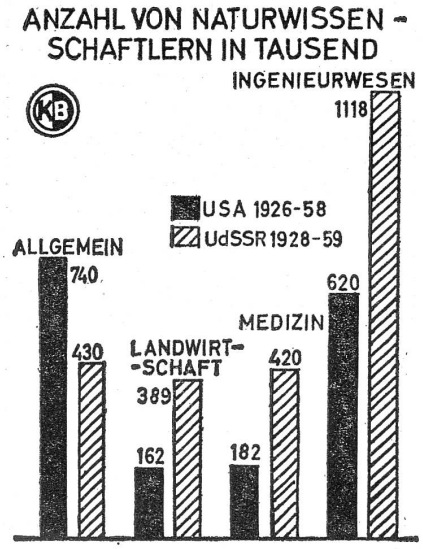
Der Bolschewismus erkannte schon früh die Schulen als sicherste Garanten zur Verbreitung seiner neuen Weltanschauung. Ueberdies war er in hohem Masse auf die Heranziehung geschulter Kader in Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Militär angewiesen, da er ja die dünne Schicht der vorsowjetischen Intelligenz zu über 60 Prozent vernichtet hatte und mit der Loyalität des dezimierten Restes nicht unbedingt rechnen konnte.

Schon die erste sowjetische Verfassung garantierte eine «unentgeltliche, volle und allseitige» Ausbildung. 1930 wurde auf dem Weg dazu die Grundschulpflicht (sieben Klassen) eingeführt, aber die verfassungsmässigen Verpflichtungen (auch das zweite Grundgesetz von 1936 wiederholte sie) wurden in der Folge nicht eingehalten. 1940 wurde die Unentgeltlichkeit auf die siebenjährige Primarschule beschränkt, während die Mittelschule (Klassen 8 bis 10), Hochschule und Technikum gebührenpflichtig wurden. Auch jetzt noch sind die verfassungsmässigen Ziele der absoluten Gratisausbildung bis zu den letzten Stufen noch nicht ganz erreicht; den Ausbau eines riesigen Unterrichtsnetzes mit vorteilhaften Schulungsmöglichkeiten und einem umfangreichen Stipendienwesen hinderte das freilich nicht.

Nach 40 Jahren konnte die erste Etappe der sowjetischen Schulentwicklung als abgeschlossen betrachtet werden. Der Analphabetismus war verbannt, die Elementarkenntnisse waren jedem Sowjetbürger zugänglich. Zugleich drängte Chruschtschew auf eine Aenderung des bisherigen Unterrichtssystems: 7 Primarschul- und 3 Mittelschulklassen mit einem anschliessenden Universitätsstudium von 4 Jahren (resp. 2 bis 4 Jahre an den verschiedenen Hochschultypen), dies konnte die erweiterten Bedürfnisse nicht mehr befriedigen. Anderseits wollte der Parteichef den Kontakt zwischen Wissenschaft/Schule und der Volkswirtschaft enger gestalten.

So kam es 1958 zur Schulreform mit drei hauptsächlichen Aspekten:

1. Die Ausbildungszeit wurde verlängert. Anstelle der bisherigen Formel «7 + 3» trat die neue Regelung «8 + 3», das heisst



Die steigende Kurve der sowjetischen Hochschulabsolventen (Zahlen in Tausend).

als Grundobligatorium wurde die Achtjahresschule eingeführt, gefolgt von der nicht mehr obligatorischen Mittelschule. (Dennoch spricht man oft von der «Elfjahresschule» als einem Begriff.)

2. Der «polytechnische Unterricht» wurde weiter gefördert. Er hat sein Schwergewicht auf der praktisch-technischen Seite.

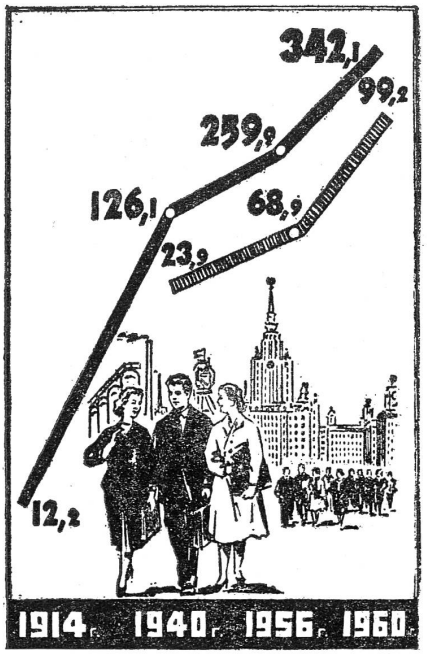
3. Die physische Arbeit wurde auf allen drei Stufen (Primar-, Mittel- und Hochschule) obligatorisch eingeführt. Sie könnte in den Schulwerkstätten geleistet werden, wird aber in der Regel in der Produktion, das heisst in den Betrieben, angenommen. Absolventen technischer und landwirtschaftlicher Mittelschulen müssen während dieser Zeit eine vollständige Ausbildung als Facharbeiter erhalten. Zudem werden die Schüler dazu angehalten, vor ihrer Aufnahme in eine Hochschule ein mindestens einjähriges Praktikum in der Produktion zu absolvieren.

Im letzten Schuljahr gab es in der Sowjetunion 224 000 «allgemeinbildende» Schulen (Elfjahresschulen) mit 36 186 000 Schülern, die auf dieser neuen Grundlage ausgebildet wurden. Im Schuljahr 1961/1962 rekrutierten sich 60 Prozent der neu immatrikulierten Studenten aus jungen Leuten mit einer Arbeitspraxis von mindestens zwei Jahren. Die Auswirkungen der Schulreform können noch nicht eingehend beurteilt werden. Immerhin hat sich (z. B. laut «Komsomolskaja Prawda») die Tendenz einiger Wirtschaftskollektivs und Lokalsowjets schon gezeigt, die Schulkinder während prolongierter praktischer Stages einfach als billige Arbeitskräfte auszubeuten.

Die frühe und enge fachliche Spezialisierung, schon früher ein Merkmal des sowjetischen Bildungssystems, ist geblieben. Sie wird von der Volkswirtschaft beeinflusst: Jede Industriebranche und jedes Gebiet der Landwirtschaft haben ihre eigenen Mittel- und Hochschulen zur Vermittlung von ausgesprochenem Spezialistenwissen. Für den Sektor Bauindustrie etwa gibt es eine ganze Reihe von Technikumstypen. Auf der Hochschulstufe ist die Spezialisierung entsprechend fortgeschrittener. So gibt es drei Arten von Torfingenieuren: den Ingenieur für Mechanik und Technologie der Torfwirtschaft, den Maschineningenieur der Torfwirtschaft und den Bauingenieur der Torfwirtschaft. Dort, wo also ein westlicher Ingenieur einen Betrieb allein leiten könnte, braucht es drei sowjetische Fachleute. In Grossbetrieben hat die frühe Spezialisierung freilich auch ihre Vorteile.

Die sowjetische Schulreform hat mit einigen Variationen den Satelliten zu entsprechender Reorganisation als Vorbild gedient. Die Ausbildungsdauer blieb in Ungarn unverändert (8 + 4), wird aber in den andern Staaten verlängert. Polen bemüht sich, von der Formel 7 + 4 auf 8 + 4 zu kommen, während die CSSR das Primarobligatorium verlängert hat (9+3). Auch in bezug auf die Gestaltung der praktischen Arbeit gibt es kleine Spezialfälle. So haben die ungarischen Primar- und Mittelschulen das System der «5 + 1-Woche» eingeführt. Die Schüler werden während fünf Tagen theoretisch unterrichtet, am sechsten Tage dagegen in einem Betrieb (allenfalls in einer Lehrwerkstätte) eingesetzt.

(Ueber den Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb wird ein gesonderter Beitrag erscheinen.)



Dieser Vergleich zwischen USA und UdSSR lässt erkennen, dass der Westen keinerlei Ursache hat, der Breitenentwicklung der Technik im Osten gleichgültig gegenüberzustehen. In der Sowjetunion wird ein Heer von Spezialisten ausgebildet — und in den Dienst der kommunistischen Machtpolitik gestellt.

Touristik

Sowjetunion

Einzelreisende unerwünscht

Es ist eine bekannte Tatsache, dass der Touristenstrom nach der Sowjetunion in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Diese Zunahme geht zum Teil auf das Konto des organisierten Tourismus (geführte Gesellschaftsreisen), zum grossen Teil aber auch auf jenes der individuellen Reisen der Automobilisten aus den westlichen Ländern.

Obschon die sowjetischen Behörden durch die Vermittlung der offiziellen Reiseagentur «Intourist» sich bemühten durch die niedrigen Preise der Gesellschaftsreisen, die auch besser überwacht werden können, diese zu fördern, nahm auch die Zahl der individuell reisenden Touristen aus dem Westen zu. Trotz sprachlichen Schwierigkeiten und ungenügenden Dienstleistungen ziehen viele die Einzelreise vor, weil nur so die Möglichkeit besteht, etwas anderes als nur die offiziellen Schaufenster des kommunistischen Staates zu sehen.

Trotz des grossen Interesses der sowjetischen Behörden an den ausländischen Devisen, scheint die Gefährlichkeit der bei Einzeltouristen unvermeidlichen Kontakte mit der Bevölkerung zu einer Einschränkung solcher Reisen zu führen. Ohne die Einzelreisen direkt zu verbieten, wird nun versucht durch entsprechende Empfehlungen und Warnungen ihre Zahl zu reduzieren. Verschiedene westliche Reisebüros haben kürzlich vom «Intourist» Zirkularschreiben erhalten, in welchen u. a. folgendes steht: «Der «Intourist» hat eine grosse Zahl von Anmeldungen für Gruppenreisen in Autocars erhalten. Solche Anmeldungen treffen auch weiter ein. Dadurch sind fast alle Hotelzimmer und Campingplätze reserviert worden. Für die Touristen, die mit ihren eigenen Fahrzeugen reisen wollen, steht demzufolge auf den von den Autocars mit den Gruppenreisenden befahrenen Strecken nur eine beschränkte Anzahl von Plätzen zur Verfügung.»

Es ist begreiflich, dass manches westliche Reisebüro nach dieser Warnung bei der Annahme von Anmeldungen für individuelle Reisen nach der Sowjetunion sehr zurückhaltend wird, was von den Sowjetbehörden offensichtlich bezweckt wurde.

Bildung

Polen

Gefragte Schulbücher

Das Streben nach Wissen kann in Polen zu einer ziemlich hektischen Angelegenheit werden.

Niese Tatsache findet ihren Niederschlag in dem Brief einer Mutter an das Warschauer Abendblatt «Express Wieczorny». Die Briefschreiberin, deren Sohn die Oberklasse einer Oberschule besucht, führte aus:

«Immer wieder verbringen wir hektische Tage mit der Suche nach Büchern, die auf der Liste der Pflichtlektüre stehen. Natürlich gibt es eine Schulbücherei und in unserem Stadtbezirk auch eine öffentliche Bibliothek. Keine der beiden hat aber auch nur ein Exemplar der Bücher, die wir brauchen.»

Sie wies darauf hin, in der Klasse ihres Sohnes seien 30 Schüler und in den Buchhandlungen seien die Bücher auch nicht zu haben.

Die grössten Schwierigkeiten hatte die Briefschreiberin, ein Exemplar von «Antigone», dem «Sommernachtstraum» und «Macbeth» zu ergattern.

«Jeder Schüler sollte ein Exemplar dieser Bücher für sich haben», meinte sie. «Es sollte wirklich etwas geschehen, was die verzweifelte Suche nach Büchern, die in der Schule zur Pflichtlektüre gehören, unnötig macht. Vielleicht wäre es eine gute Idee, einmal die Höhe der Auflagen der von der ‚Schulbibliothek' (einem verstaatlichten Verlag) herausgebrachten Bücher zu überprüfen.»

Der politische Nutzen des Westhandels

Anlässlich der letzten polnischen Parteikonferenz vom 13. April in Lodz erklärte der Erste Parteisekretär, Wladislaw Gomulka, über die Aufgaben des Aussenhandels folgendes:

«Der Export bedeutet eine besondere Form der Erfüllung jener ideologischen Aufgaben, die unserer Partei auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen auferlegt worden sind. Der Sieg des Sozialismus wird durch den wirtschaftlichen Wettbewerb der beiden Systeme erkämpft, wodurch sich der Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten verschärfen wird. Wir müssen deshalb bei der praktischen Beurteilung unserer Arbeit darüber im klaren sein, dass unsere wirtschaftlichen Erfolge vom Export, bzw. von der Erweiterung unseres Exportes abhängen, von dem wieder der Lebensstandard unseres Volkes abhängig ist. Dies letztere übt auf die Einstellung der Arbeiterklasse der Welt gegenüber dem sozialistischen System einen nicht zu unterschätzenden Einfluss aus.»

Kirche

Ungarn

Synagogenverwendung

Eine teilweise Antwort auf diese Frage enthält ein in «Csongrad Megyei Hirlap», der Tageszeitung des Bezirkes Csongrad, erschienener Artikel, der die Ueberschrift «Gibt es irgendeine Verwendung für leerstehende jüdische Kirchen?» trug.

Der Artikel behandelt eine Frage, die für ganz Ungarn von Bedeutung sein dürfte, leben von den 760 000 jüdischen Bewohnern der Vorkriegszeit infolge der Verfolgungen durch die Nazis doch nur noch 100 000 Juden in Ungarn, 80 000 davon in Budapest.

Der Rabbiner von Szeged erklärte der Zeitung, dass fünf Synagogen in Ungarn zu Nationaldenkmälern erklärt worden seien.

In dem Artikel wird dann davon berichtet, dass vor einigen Jahren der Stadtrat von Csongrad eine leerstehende Synagoge gekauft habe und sie als Kino benutzen wollte. Eine Ueberprüfung ergab dann allerdings, dass dieser Plan wegen technischer Schwierigkeiten nicht durchgeführt werden konnte.

«Dann wollte man die Synagoge in eine Sporthalle umwandeln, aber auch dieser Plan wurde fallengelassen. Im vergangenen Jahr wurde sie schliesslich an die Petöfi-Genossenschaft verkauft und wird jetzt als Kornspeicher verwendet. Aus dieser Geschichte der Synagoge im Bezirk Csongrad ist der Schluss zu ziehen: eine wohlüberlegte und von Fachleuten geprüfte Planung ist notwendig.»

Im Hinblick auf die im ganzen Land befindlichen Synagogen wies der Artikel auf folgende Punkte besonders hin:

1. Jeder Käufer eines jüdischen Gebetshauses muss zuerst die Genehmigung der örtlichen religiösen Gemeinde und die Erlaubnis des zentralen Kirchenamtes besitzen.
2. Die Verkäufe müssen über das Staatliche Amt für Kirchenangelegenheiten laufen.
3. Die Synagogen müssen so umgebaut werden, dass ihr ursprünglicher Verwendungszweck nicht mehr ersichtlich ist. Damit soll vermieden werden, dass die jüdischen Mitbürger am neuen Verwendungszweck Anstoss nehmen könnten.

(Fortsetzung von Seite 2)

Stalins Verschwinden von der internationalen Bühne im März 1953 hatte den Eindruck geschaffen, Moskau hätte in seiner Eigenschaft einer autoritativen Zentrale des Weltkommunismus zu existieren aufgehört. Solange es eine einzige Autorität gegeben hatte, die entschied, was «Ketzerei» und was «eine schöpferische Entwicklung des Marxismus» sei, konnte die Fiktion einer historischen Unvermeidlichkeit aufrechterhalten werden durch die eine und einzige autoritative Interpretation des *Dogmas*. Als sich aber nach Stalins Tod der Trend eines Polyzentrismus zeigte, sah sich der Kommunismus nicht nur vor das Problem schismatischer Sekten gestellt, die exkommuniziert und politisch verharmlost werden konnten, sondern auch vor die Tatsache, dass es nun mehrere Zentralen rivalisierender Interpretationen der Heiligen Schriften des Marxismus gab. Die Bedeutung dieser Zentralen liegt darin, dass jede von ihnen eine ideologische Souveränität darstellt, die auf der Kontrolle des Staates durch eine entsprechende Partei basiert; die sowjetische oder die jugoslawische, die chinesische oder die albanische. Für diese Parteien, deren Macht auf einer theologischen Interpretation der Geschichte und einer daraus resultierenden Mission ruht, bedeutet dies nicht nur eine politische Differenzierung in der Form von «verschiedenen nationalen Wegen zum Sozialismus», sondern letzten Endes das Aufeinanderprallen ihrer philosophischen Botschaften; denn verschiedene Interpretationen des Dogmas innerhalb dieser verschiedenen kommunistischen Kirchen beinhalten auch verschiedene und unterschiedliche Arten der historischen Unvermeidbarkeit.

Neben dieser «theologischen» Interpretation der Revision gibt es heute nur eine einzige Sache, die das Wesentliche des Revisionismus ausmacht: die Ablehnung der obersten Autorität Moskaus. Das ist der Grund, warum man auf verschiedene Weise Revisionist sein kann, und das auch ist der Grund, warum man ein Revisionist sein kann, selbst wenn man fest glaubt, man sei ein zuverlässiger Antirevisionist. Kurz gesagt, es gibt demnach rein *politische Revisionisten* und andere, die wir als *philosophische Revisionisten* bezeichnen möchten. Beide Arten des Revisionismus jedoch basieren auf der gleichen Ablehnung der intellektuellen und politischen Autorität Moskaus. *(Fortsetzung folgt)*

Unterhaltung

Ungarn

Schlager bevorzugt

Die jüngere Generation in Ungarn zieht die neuesten Schlager den alten kommunistischen revolutionären Marschliedern vor, und die Partei versucht herauszufinden, warum das so ist.

«Ifju Kommunista», ein Monatsblatt für junge Kommunisten, die im Kommunistischen Jugendverband arbeiten, eröffnete die Debatte und fragte: «Warum sind diese Lieder verschwunden? Warum singen unsere jungen Leute die revolutionären Lieder nicht mehr, die ihnen Anregungen zu neuen Siegen und besseren Arbeitsleistungen geben könnten?»

Ohne auch nur an die Möglichkeit zu denken, dass die Antwort bereits in dieser Frage enthalten sein könnte, machte das Blatt sich die Mühe, Arbeiter und Mitglieder des Jugendverbandes zu diesem Thema zu befragen. Es folgen einige Antworten: «Während der Arbeit summe ich ungarische Volkslieder und Schlager — ich kenne keine Marschlieder.»

«In der Schule habe ich solche Lieder gesungen, aber seitdem nicht mehr.»

«Ich war in einem Jugendlager und habe eine grosse Zahl junger Leute getroffen, die sehr fleissig ihrer Arbeit nachgingen. Aber wenn sich eine Gelegenheit ergab, Lieder unserer Bewegung zu singen, dann murmelten sie nur; entweder kannten sie die Lieder nicht oder sie schämten sich, ‚solche' Lieder zu singen.»

«Früher, wenn wir uns in der Parteizelle trafen, stimmte oft einer ein Lied an und alle fielen ein. Ja, noch mehr, wenn das Wetter schön war, gingen wir oft in den Stadtpark, setzten uns unter einen Baum und sangen. Wenn ich heute zu den jungen Leuten hier in der Werkstatt sagen würde, ‚kommt, lasst uns in den Park gehen und singen', würden die bestimmt denken, ich bin nicht ganz richtig im Oberstübchen.»

Das Blatt schrieb weiter, von Musikverlegern sei bekannt, dass immer noch gute Marsch- und Gemeinschaftslieder geschrieben werden, sie musste aber zugeben, dass sie kein Mensch mehr singt.

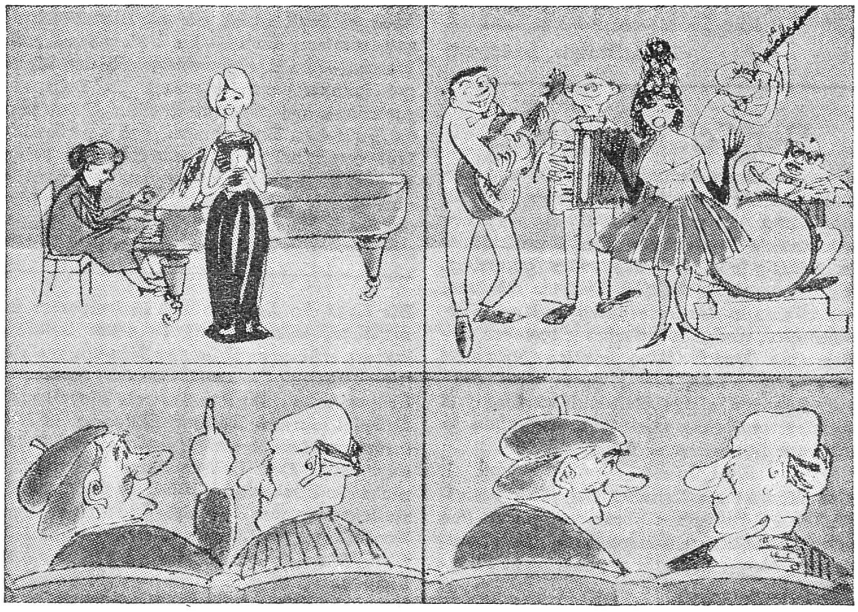
«Viele Leute sind der Meinung, dass Märsche usw. von Schlagern verdrängt werden und dass sie nicht zur Musik zählten, da man nach ihnen nicht tanzen könne», fand das Blatt heraus.

Wieder andere Befragte hatten noch eine Erklärung. Sie wiesen auf den Personenkult hin und meinten, zu gewissen Zeiten hätten Parteilieder nur den Zweck gehabt, «gewisse Personen» zu glorifizieren. Nach der Abschaffung des Kults, so meinte «Ifju Kommuista», «waren viele Leute zunächst einmal enttäuscht und hatten kein Verlangen danach, die Lieder der Bewegung zu singen.»

Auch in der UdSSR hat man Liedersorgen, wie diese kürzlich erschienene sowjetische Karikatur zeigt. Hier geht es allerdings nicht um den partei-ideologischen Inhalt, sondern um die Publikumsvorliebe für das, was offiziell «dekadenter westlicher Stil» genannt wird. Der zugehörige Text hält die Aeusserungen des Komponisten fest. In der Darstellung links bemerkt er: «In dieser Form kann mein Lied den Weg zum Publikum nicht finden.» Unter dem rechten Bildteil heisst es schlicht: «So aber schon.»

Was die Musik angeht, so steht gegenwärtig nicht nur der Vortragsstil, sondern auch der Kompositionsstil selbst lebhaft zur Diskussion. Nach dem 22. Parteikongress vom letzten Herbst war nicht nur mit Stalins Personenkult abgerechnet worden, sondern auch mit der «Unterdrückung der schöpferischen Freiheit» zur Zeit der stalinistischen Diktatur. Unterdessen aber hat bereits wieder eine gewisse Reaktion eingesetzt. In verschiedenen partei-offiziellen Stellungnahmen sind wiederum der klassenkämpferische Inhalt und die Form des «sozialistischen Realismus» als massgebliche Forderung für alles musikalische Schaffen erhoben worden.

Die Auseinandersetzung wird oft in den Volksdemokratien noch verschärft ausgetragen, wenn auch immer im Gewand der Chruschtschewschen Linie des Marxismus-Leninismus. Dem geistigen Erbe Stalins treu bleibt dabei die deutsche Sowjetzone.



Erziehung

SBZ

Der eingewiesene Lehrer

Eine neue, verbindliche Anordnung (14/62) über den Berufseinsatz von Absolventen des Lehrerstudiums haben das Ministerium für Volksbildung und das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der Sowjetzone gemeinsam in Kraft gesetzt und damit jeden subjektiven Wunsch eines neu in den Beruf eintretenden Lehrers nach dem Ort seiner zukünftigen Tätigkeit so gut wie völlig ausgeschaltet.

Ministerium und Staatssekretariat sind bei der Festlegung der neuen Bestimmungen davon ausgegangen, dass «der politisch und fachlich richtige Einsatz der Absolventen von grosser Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie» sei. Die Bereitschaft der Absolventen, die Arbeit dort aufzunehmen, «wo es die Interessen unseres Arbeiter- und Bauernstaates erfordern», wird vom Ministerium und dem Staatssekretariat gleichzeitig zum «Kriterium für die im Verlauf der Ausbildung geleistete politisch-ideologische Arbeit des Lehrkörpers und der FDJ» gemacht.

Entsprechend der neuen Anordnung sind an allen Ausbildungseinrichtungen sogenannte «Einweisungskommissionen» gebildet worden, die anhand der von der staatlichen Plankommission bestätigten Pläne über den Lehrereinsatz «Einweisungsgespräche» mit politisch-pädagogischem Charakter mit den Absolventen führen müssen.

«Bei der Einweisung von Absolventen des Lehrerstudiums ist darauf zu achten», heisst es in der Anordnung weiter, «dass der Berufseinsatz unter dem Gesichtspunkt der politischen, kadermässigen und pädagogischen Verbesserung der Schulsituation innerhalb des Bezirkes (in den die Einweisung erfolgt) geschieht.»

Eine Einstellung von Absolventen durch die Abteilung Volksbildung bei den Räten der Kreise ist verboten. Bestraft würde sowohl die einstellende Behörde als auch der Absolvent.

Wirtschaft

UdSSR

Chemie in Ostsibirien

Im Rahmen des Siebenjahresplanes (1959/1965) soll auch in Ostsibirien eine leistungsfähige chemische Industrie entstehen. So sind vor kurzem im Zellulose- und Papierkombinat von Krasnojarsk zwei Anlagen zur Erzeugung von gebleichtem Zellstoff angelaufen. Als nächstes soll die Produktion von Holzzellstoff zur Herstellung von Kunstfasern in Angriff genommen werden. Ferner konnte unlängst auch eine Reifenfabrik den Betrieb aufnehmen. Das Kordmaterial liefert dazu das bereits bestehende Werk für Viskoseseide und Reifenkord. Ein neues Papier- und Zellulosekombinat ist auch im Bezirk Jenisseisk vorgesehen. In Taischet steht ein Betrieb zur Harzgewinnung vor der Inbetriebnahme. Als Rohstoff will man für diese chemischen Betriebe die reichen Waldbestände dieses Gebietes benutzen, die auf 14 Milliarden Kubikmeter geschätzt werden.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 9. Mai 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Schon im Februar berichtete die italienische kommunistische Zeitschrift «Unità» über die in Moskau zirkulierenden Gerüchte im Zusammenhang mit einem Attentat auf Chruschtschew. Die russische Emigrantenzeitschrift «Possev» gibt nun auf Grund ihrer eigenen Information aus Moskau folgende Einzelheiten bekannt:

Am 12. Januar hielt Chruschtschew in Minsk eine Rede an der republikanischen Konferenz der Funktionäre der Landwirtschaft. Beim Verlassen des Konferenzlokals wurde er von einer grossen Menschenmenge mit Rufen: «Die Läden sind leer!», «Es gibt keine Lebensmittel!», «Schluss mit den leeren Versprechen!» usw. empfangen. Chruschtschew war ausser sich und machte mit der Hand eine abweisend drohende Bewegung, worauf er mit Erdklumpen und Schneebällen beworfen wurde. Er wandte sich dem Militärkommandanten der Stadt, einem Obersten zu, der für die Aufrechterhaltung der Ordnung beim Besuch Chruschtschews verantwortlich war, beschimpfte ihn und riss ihm die Achselstücke ab. Der Oberst ergriff seine Pistole und schoss auf Chruschtschew, der an der linken Schulter verletzt wurde und stürzte. Ein General aus der Begleitung des Parteichefs riss dem Obersten die Pistole aus der Hand und die anderen Begleitpersonen kümmerten sich um Chruschtschew, der sofort in einem Wagen weggeführt wurde. Unter den zahlreichen Begleitern Chruschtschews und in der aufgebrachten Menge entstand eine Panik. Es ist aufgefallen, dass die Sowjetpresse ausnahmsweise keine Berichte über die Abreise Chruschtschews aus Minsk veröffentlichte. Während 6 Wochen, bis zum 24. Februar zeigte sich der sowjetische Parteichef nicht in der Oeffentlichkeit. Die Verletzung war offenbar ernster Natur, weil Chruschtschew noch längere Zeit nach dem Anschlag den linken Arm nicht bewegen konnte. Es wurde beobachtet, dass er an der Wahlversammlung, vom 16. März in Moskau, die Papiere auf dem Rednerpult nur mit der rechten Hand blätterte und sammelte, auch klatschte er nicht wie üblich Beifall.

Diese Einzelheiten werden in Moskau, namentlich in den höheren Partei- und Regierungskreisen verbreitet. Das Gerücht erreichte auch die oberen Parteikreise in der Provinz, denn jeder höhere Parteifunktionär welcher heute nach Moskau kommt, frägt nach den Einzelheiten des Anschlages und erzählt seinerseits die Versionen, die in der Provinz zirkulieren.

Ein Gebietsparteisekretär sagte nach seiner Rückkehr aus Moskau: «Seine Gesundheit hat sich verschlechtert und seine Energie hat nach dem Anschlag stark nachgelassen. Lenin hielt sich viel besser nach dem Anschlag von Kaplan. Unter Chruschtschew haben wir doch gewisse Garantien und was nach ihm kommt — ist ungewiss.»

In Weissrussland wurde nach dem Attentat eine umfangreiche Untersuchung, namentlich in den Kreisen der Armeeoffiziere eingeleitet. Dies erklärt auch die Abwesenheit des Parteisekretärs Masurow am März-Plenum des Zentralkomitees der Partei in Moskau.

Curriculum der Woche

WJATSCHESLAW PETROWITSCH ELJUTIN

Minister für Hochschulen und Fachmittelschulen der Sowjetunion.

Geboren als Sohn eines Angestellten 1907 in Saratow. Er wurde 1929 Mitglied der KP und 1930 Absolvent des Stalininstituts Moskau (Hütteningenieur, Doktor der technischen Wissenschaften), welchem er von 1945—1951 als Direktor vorstand. 1947 wurde er Professor, von 1951—1954 war er stellvertretender Minister für Hochschulbildung der UdSSR. Seit 1955 Deputierter des Obersten Sowjets der RSFSR, 1956 Kandidat des Zentralkomitees der KPdSU; Autor von Lehrbüchern, Arbeiten zur Gewinnung von Eisenlegierungen und Legierungen seltener Metalle; 1952 erhielt er den Stalinpreis, 1957 den Leninorden sowie den Roten Arbeitsbannerorden und zwei Ehrenzeichen.

Der 1. Mai zu Hause

(«Ludas Matyi», Budapest)

Der Schnappschuss

Einen «kleinen Beitrag zur Erfüllung des Produktionsaufgebotes» zu leisten, hat die Abteilung Internate und Heime der «Deutschen Hochschule für Körperkultur» in Leipzig von den Studenten gefordert. Sie sollen ab sofort ihre Zimmer reinigen, «so wie es in den Internaten anderer Universitäten und Hochschulen allgemein üblich ist». Durch diese «aktive Mitarbeit aller Studenten», heisst es in dem Aufruf, könnten einige Reinigungskräfte frei werden und ihre wichtigen Aufgaben in anderen Bereichen erfüllen.

*

Der Mangel an Lehrkräften für Spezialfächer in Bulgarien figurierte unter den wichtigsten Diskussionspunkten des im laufenden Monat in Sofia abgehaltenen Pädagogen-Kongresses.

Der ewige Bart

Ein sowjetischer Beitrag zum Thema «Handwerkermangel», der ein Charakteristikum aller kommunistischen Staaten ist (siehe Untersuchung KB Nr. 15). «Ich muss mich beeilen, wieder hinten anzustehen», sagt der frischrasierte junge Mann, der vom Coiffeurgeschäft herausstürzt. «Bis ich wieder drankomme, habe ich einen Vollbart.»

Aber es fehlt nicht nur an Dienstleistungen, sondern auch — im Unterschied zum Westen — an Konsumgütern, die den Mangel kompensieren könnten. In Dnjepropjetrowsk beispielsweise, einer Stadt von 0,6 Millionen Einwohnern, gab es kürzlich laut sowjetischen Pressemeldungen keine Rasierklingen mehr zu kaufen. Es brauchte eine durch zahlreiche Kritiken angeregte Sonderaktion, um endlich 20 000 Stück Rasierklingen in die Grossstadt zu liefern.

Die Lage der Lehrerschaft in Bulgarien ist nicht zufriedenstellend. In allen Landeskreisen gibt es noch immer Schulen, welche für das Schuljahr 1961/1962 nicht genügend Lehrer haben. Im Landeskreis Pleven zum Beispiel wurden 256 Aushilfslehrer, in Kolarovgrad-Landkreis 364 und in Jambol 257 angestellt. Der Lehrermangel vermochte nicht die Hochschulausbildung für Gymnasiallehrer in der Zeit 1945—1960 zu decken. Von 609 jungen Lehrern, welche in Spezialfächern unterrichten, werden 275 in Sofia bleiben.